

aktuelles
Passfoto

Antrag auf Einbürgerung

**Hiermit beantrage ich die Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit
(folgende Angaben sind erforderlich für Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)**

1. Angaben zur Person

Familiename, ggf. Geburtsname		Vorname/n	
Geburtstag		Geburtsort, Kreis, Staat	
aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)			
E-Mail Adresse (freiwillige Angabe)		Telefonnummer/Handynummer (freiwillige Angabe)	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet oder eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend			
Tag und Ort der Eheschließung			
derzeit ausgeübter Beruf/Tätigkeit			

2. Angaben zur/m Ehegatte/n od. eingetragene/r Lebenspartner/in

Familiename, ggf. Geburtsname		Vorname/n	
Geburtstag		Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit		belegt durch (z.B. Pass)	
aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)			
Soll eine Miteinbürgerung erfolgen? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (eigenes Formular erforderlich)			
bestehen Mehrehen (Polygamie)? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (bitte genaue Angaben auf einem gesonderten Blatt)			

3. Frühere Ehe/Lebenspartnerschaft

frühere Ehe der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
von	bis	aufgelöst durch	Kinder (Anzahl)
		<input type="checkbox"/> Ehescheidung <input type="checkbox"/> Tod	
Ist die/der frühere Ehegatten/in bzw. Lebenspartner/in unterhaltsberechtig?:			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (bitte weitere Fragen beantworten)			
Geburtstag		Geburtsort, Kreis, Staat	
Name, Vorname/n und Staatsangehörigkeit des/der früheren Ehegatten/in bzw. Lebenspartner/in			
aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)			

4. Kinder des/der Einbürgerungsbewerbers/in

1. Kind	2. Kind
Familienname, ggf. frühere Name/n	Familienname, ggf. frühere Name/n
Vorname/n	Vorname/n
Geburtsdatum und Geburtsort, Staat	Geburtsdatum und Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit/en	Staatsangehörigkeit/en
aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)	aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus frühere Ehe	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus frühere Ehe
<input type="checkbox"/> aus keiner Ehe (bei Miteinbürgerung bitte Sorgeerklärung bzw. Negativbescheinigung beilegen)	<input type="checkbox"/> aus keiner Ehe (bei Miteinbürgerung bitte Sorgeerklärung bzw. Negativbescheinigung beilegen)
Miteinbürgerung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Miteinbürgerung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

3. Kind	4. Kind
Familienname, ggf. frühere Name/n	Familienname, ggf. frühere Name/n
Vorname/n	Vorname/n
Geburtsdatum und Geburtsort, Staat	Geburtsdatum und Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit/en	Staatsangehörigkeit/en
aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)	aktuelle Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort)
<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus frühere Ehe	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus frühere Ehe
<input type="checkbox"/> aus keiner Ehe (bei Miteinbürgerung bitte Sorgeerklärung bzw. Negativbescheinigung beilegen)	<input type="checkbox"/> aus keiner Ehe (bei Miteinbürgerung bitte Sorgeerklärung bzw. Negativbescheinigung beilegen)
Miteinbürgerung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Miteinbürgerung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

5. Staatsangehörigkeit, Status und Aufenthaltsrecht

derzeitige Staatsangehörigkeit/en	belegt durch (z.B. gültiger Pass)	
frühere Staatsangehörigkeit/en	belegt durch (z.B. gültiger Pass)	
derzeitiger Aufenthaltsstatus <input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis befristet bis _____ <input type="checkbox"/> EU-Bürger/in <input type="checkbox"/> anderer Aufenthaltstitel <input type="checkbox"/> Heimatloser: Ausländer nach dem HAG		
Alle Aufenthaltszeiten und Aufenthaltsorte (seit Einreise in das Bundesgebiet):		
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)

6. Eltern des/der Einbürgerungsbewerbers/in

<input type="checkbox"/> leiblicher Vater <input type="checkbox"/> Adoptivvater		
Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname/n
Geburtsdatum	Geburtsort/Land	Staatsangehörigkeit/en
aktueller oder letzter Wohnort		
verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am		

<input type="checkbox"/> leibliche Mutter <input type="checkbox"/> Adoptivmutter		
Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname/n
Geburtsdatum	Geburtsort/Land	Staatsangehörigkeit/en
aktueller oder letzter Wohnort		
verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am		
Datum und Ort der Eheschließung der Eltern am _____ in (Ort, Staat)		

7. Straftaten, Ermittlungsverfahren (im In- und Ausland)

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (bitte genaue Angaben auf einem gesonderten Blatt)
--

8. Erworbene Sprachkenntnisse

<input type="checkbox"/> ja, nachgewiesen durch Zertifikat B1 oder höher
<input type="checkbox"/> ja, nachgewiesen durch _____ (z.B. erfolgreicher Schulbesuch, abgeschlossene Berufsausbildung oder abgeschlossenes Studium im Bundesgebiet)

9. Erworbene Kenntnisse über die Lebensverhältnisse in Deutschland

<input type="checkbox"/> ja, nachgewiesen durch Zertifikat "Einbürgerungstest" oder Zertifikat "Leben in Deutschland"
<input type="checkbox"/> ja, nachgewiesen durch deutschen Schulabschluss oder Hochschulabschluss der Rechtswissenschaften in Deutschland

10. Wirtschaftliche Verhältnisse

Der Lebensunterhalt wird bestritten durch	
<input type="checkbox"/> eigenes Erwerbseinkommen	<input type="checkbox"/> Unterhaltsleistungen (z.B. durch Ehepartner/in)
<input type="checkbox"/> sonstige Einkünfte	
Bei unselbständig Beschäftigten: Wie hoch ist das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen?	€
Bei Selbständigen oder freiberuflich tätigen Personen: Wie hoch ist Ihr jährlicher Gesamtbetrag der Einkünfte?	€
Bei Schülern bzw. Studierenden: Wie hoch ist Ihr monatliches Einkommen (z.B. BAföG, Unterhalt)?	€
Bei Sicherstellung des Lebensunterhaltes durch den Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in: Wie hoch ist das monatliche Bruttoeinkommen?	€

10. 1 Sonstige Angaben zu wirtschaftlichen Verhältnissen

Beziehen Sie Arbeitslosengeld I?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe?	€
Beziehen Sie Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung nach SGB XII?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe?	€
Bestehen monatliche Unterhaltsverpflichtungen?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe?	€
Bestehen Unterhaltsrückstände?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe?	€
Bestehen Steuerrückstände?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe?	€
Sind Sie im Schuldnerverzeichnis eines Amtsgerichts eingetragen (z.B. Privatinsolvenz)?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, nähere Angaben:	
sonstige Angaben über Einkommen? (z.B. Wohngeld, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung)			€
Wie hoch ist Ihre monatliche Miete mit Nebenkosten (Warmmiete)?			€

11. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

(entfällt in der Regel bei Anträgen für EU-Bürger und nach § 21 Abs. 1 HAG)

Ich bin bereit meine bisherige/n Staatsangehörigkeit/en aufzugeben und verpflichte mich nach schriftlicher Zusicherung die erforderlichen Schritte zu unternehmen

ja nein (bitte Begründung auf einem gesonderten Blatt)

12. Sonstiges

Haben Sie bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Einbürgerung in Deutschland beantragt?

nein ja, wann und bei welcher Behörde? _____

Antrag wurde abgelehnt Antrag wurde zurückgenommen

Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die im Antrag gemachten Angaben beruhen auf dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) bzw. § 21 des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer (HAG). Die Daten werden nach der DSGVO sowie des Bundesdatenschutzgesetzes i. V. mit den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften sowie nach Maßgabe des StAG bzw. HAG erhoben. Die im Antrag verlangten Angaben benötigt die Behörde zur Bearbeitung des Antrags. Eine sachgerechte Bearbeitung des Antrags ist nur möglich, wenn Sie die dazu erforderlichen Angaben machen.

Richtigkeit der Angaben

Ich/Wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Ich/Wir haben Kenntnis, dass falsche oder unrichtige Angaben zur Ablehnung, Rücknahme oder Widerruf der Einbürgerung führen können. **Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen der maßgebenden persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während der Dauer des Einbürgerungsverfahrens unverzüglich mitzuteilen.**

Verwaltungsgebühr

Mir/Uns ist bekannt, dass für die Einbürgerung oder für ihre Ablehnung oder für die Rücknahme des Antrags eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist. Die Gebühr beträgt im Falle der **Einbürgerung und Ablehnung 255,00 €**, für die Miteinbürgerung von Kindern ohne eigenes Einkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes, 51,00 €. Bei einer **Rücknahme Ihres Antrages beträgt die Gebühr 150,00 €**.

Einwilligung

Im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens bin ich/sind wir damit einverstanden, dass Auskünfte über mich/uns bei den Leistungsträgern nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII, bei der Arbeitsagentur und beim Jugendamt eingeholt werden dürfen. Ferner bin ich/sind wir mit der Auskunftseinholung bei den Finanzbehörden über Steuerklasse, Einkommensverhältnisse etc., einschließlich etwaiger Steuerstrafverfahren, sowie mit der Auskunftserteilung durch die Amtsgerichte aus dem Schuldner- und Insolvenzverzeichnis und der Einsichtnahme in eventuell vorhandene Unterlagen einverstanden. Gleiches gilt für etwaige Ermittlungen zum Ausgang staatsanwaltlicher oder gerichtlicher Strafverfahren

Beziehung der Ausländerakte

Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen ist die Beziehung der Ausländerakte des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin erforderlich. Hierzu wird hiermit ausdrücklich eingewilligt.

Aktive Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren

Ich verpflichte mich zur aktiven Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren.

13. Unterschriften

Mannheim, den _____

Unterschrift des/der Einbürgerungsbewerbers/in _____

Miteinbürgerung von minderjährigen Kindern unter 16 Jahren

Ich/Wir beantrage(n) hiermit die Einbürgerung der im Antrag gekennzeichneten Kinder

Mannheim, den _____

Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreters _____

Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im Einbürgerungsverfahren (§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind oder
- gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (vgl. § 11 Satz 1 Nr. 1 StAG)

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt oder eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht. (vgl. § 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Absatz 1 Nr. 2 oder 4 des AufenthG)

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 Satz 1 StAG).

Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt.

Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit.

Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert.

Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, das Innenministerium informiert, um Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Erklärung

Ich habe die vorstehende Unterrichtung über meine sicherheitsmäßige Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz zur Kenntnis genommen.

Datum:

.....

.....

(Unterschrift)

(Name in Druckbuchstaben)

Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus

Familienname, Vorname/n	Geburtstag und -ort:
-------------------------	----------------------

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung - das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien unter **Nummer 1** erläutert sind.
- Weiter müssen Sie erklären, dass Sie keine **extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen**. Sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben. Erläuterungen zur so genannten „**Loyalitätserklärung**“ finden Sie unter **Nummer 2**.
- Schließlich müssen Sie vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte. Das **feierliche Bekenntnis** ist unter **Nummer 3** erklärt.

Informationen über das Grundgesetz und die freiheitliche demokratische Grundordnung gehören zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt; sie ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtsprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

1.6 Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg konkretisiert sind

Die Achtung vor den Menschenrechten ist ein Stützpfiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung.

2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von diesen Bestrebungen abgewandt haben.

2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gerichtet sind. Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

- **Freiheitliche demokratische Grundordnung**
Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen.
- **Bestand des Bundes oder eines Landes**
Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.
- **Sicherheit des Bundes oder eines Landes**
Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.
- **Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder**
Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.
- **Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland**
Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden zur Durchsetzung religiöser, politischer oder sonstiger Ziele Bestrebungen ausgehen, die gewaltsam die politischen Verhältnisse in einem ausländischen Staat verändern wollen oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch „nur“ die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden, um im Ausland gegen Nichtdeutsche gewaltsam vorzugehen. So reicht es aus, wenn eine politische Exilorganisation im Ausland Gewalt anwendet und in Deutschland durch Spenden, organisatorisch oder durch eine länger währende passive Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt wird.

2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich insbesondere in folgenden Erscheinungsformen

- **Extremistische Organisationen von Ausländern**
Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen. Linksextremisten wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus. Nationalisten besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und die sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation. Separatisten streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat in ihrer Heimat. Islamisten missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber Anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche

Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Ziels Menschen zu töten.

- **Rechtsextremistische Organisationen**

Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:

- Übersteigter Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern.
- Feindlichkeit bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten.
- Judenfeindlichkeit (Antisemitismus).
- Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann.
- Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.

- **Linksextremistische Organisationen**

Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. Kommunisten und manche Sozialisten streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. Anarchisten lehnen im Unterschied zu Kommunisten jede feste Form der Macht, d. h. staatliche Strukturen, ab. Autonome wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

2.3 Verfolgung oder Unterstützung von extremistischen Bestrebungen

Unterstützung oder Verfolgung von extremistischen Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebungen und ihre Ziele objektiv nützlich ist. Danach kommen insbesondere in Betracht:

- Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt oder die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt,
- aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- eigene extremistische Handlungen außerhalb von solchen Organisationen.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um förmliche Mitgliedschaften handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-„Verein“) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisationen darstellen.

2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung

- Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.1**.
- Haben Sie extremistischen Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.2** und machen Sie Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird.
- Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen anzusehen sind, geben Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.3** ab und machen Sie die dort erbetenen Angaben.

Bitte bemühen Sie sich im eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

3. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss regelmäßig das folgende feierliche Bekenntnis abgegeben werden:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Dieses in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind; auch dem will dieses Merkblatt dienen.

4. Fragen

richten Sie bitte vertrauensvoll an die für Sie zuständige Einbürgerungsbehörde.

Ich bestätige, dass mir eine Fertigung dieses Merkblatts ausgehändigt worden ist.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ich habe dazu keine Fragen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ich habe Fragen und bitte um ein Gespräch.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bekenntnis- und Loyalitätserklärung

Familienname, Vorname/n	Geburtsdatum und -ort
-------------------------	-----------------------

1. Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien in dem beigefügten **Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus** erläutert sind. Durch das Bekenntnis soll Ihre Hinwendung zur Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

Inhalt des Bekenntnisses

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- dass eine Handlung, die antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgt, mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar ist und dem Bekenntnis entgegensteht.

Ich bestätige, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe und dass meine Erklärung meiner inneren Überzeugung entspricht.

Bitte hier unterschreiben:

Ort, Datum Mannheim, den	Unterschrift des/der Antragstellers/in
-----------------------------	--

2. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden. Eine kurze Erläuterung der extremistischen Bestrebungen findet sich in dem beigefügten **Merkblatt**.

Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrundegelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden ggf. dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt, um den Wahrheitsgehalt meiner Angaben zu überprüfen. Falls

Bürgerdienste

ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft.

Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen können und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren

oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden.

Ich gebe auf dieser Grundlage eine der folgenden Erklärungen ab: (bitte entsprechendes Feld ankreuzen)

- dass ich derzeit **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe.

Ich erkläre, dass ich derzeit keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlungen zum Ziele haben.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe

oder

- dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt** habe:

Ich erkläre, dass ich

Zeitraum von	bis
-----------------	-----

extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe. Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon seit

Zeitpunkt

gelöst habe; zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

--

oder

- dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe.

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolge oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

--

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Bitte hier unterschreiben:

Ort, Datum	Unterschrift der/s Antragstellers/in

3. Bearbeitungsvermerk wird von der Einbürgerungsbehörde ausgefüllt

Die vorstehende Erklärung ist

- in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden,
 schriftlich eingereicht worden.

Ort, Datum Mannheim , den	Unterschrift Bürgerdienste Mannheim -Einbürgerungsbehörde-
------------------------------	--

Der/Die Antragsteller/in hatte Gelegenheit, Fragen zu stellen.

- Fragen sind nicht gestellt worden.
 Fragen sind gestellt und beantwortet worden (gegebenenfalls gesondertes Blatt anfügen).

Ort, Datum Mannheim , den	Unterschrift Bürgerdienste Mannheim -Einbürgerungsbehörde-
------------------------------	--

Stadt Mannheim
-Bürgerdienste-
Einbürgerungsbehörde
K 7
68159 Mannheim

Tel. 0621/293-3280

Einbürgerungsantrag von

Zuname, Vorname, Geburtsdatum

Sehr geehrte Damen und Herren,

Einbürgerungsvoraussetzung ist u. a., dass der Einbürgerungsbewerber/die Einbürgerungsbewerberin den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten kann.

Die nachstehende Bestätigung bitten wir daher ausgefüllt, mit Firmenstempel und Unterschrift versehen, **Ihrem Mitarbeiter/Ihrer Mitarbeiterin zur Vorlage bei der Einbürgerungsbehörde auszuhändigen.**

Vielen Dank für Ihre Mühe.

Die Einbürgerungsbehörde der Stadt Mannheim

Zutreffendes Bitte ankreuzen bzw. ergänzen

Bestätigung

Wir bestätigen, dass das Arbeitsverhältnis mit dem/der Obengenannten

seit _____ mit _____ Stunden/Woche besteht und

weiterhin unbefristet ist.

nur bis zum _____ befristet abgeschlossen wurde.

Probezeit beendet noch bis _____.

Monatlicher Verdienst:

_____ Euro brutto

_____ Euro netto

Datum, Firmenstempel und Unterschrift

Hinweis: Bitte beachten!

Vollständige und richtige Angaben im Einbürgerungsverfahren

Wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht wird gemäß **§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)** mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Bitte füllen Sie daher den Antragsvordruck **sorgfältig, gewissenhaft** und vor allem **vollständig** aus.

Bitte achten Sie in Ihrem eigenen Interesse insbesondere darauf, **alle** gegen Sie ergangenen strafrechtlichen Verurteilungen und Ermittlungsverfahren aufzuführen.

Zu Ihrer eigenen Sicherheit führen Sie auch diejenigen Verurteilungen auf, die schon länger in der Vergangenheit zurückliegen.

Ich wurde mit diesem Schreiben auf die strafrechtlichen Folgen etwaiger Falschangaben oder unvollständiger Angaben im Einbürgerungsverfahren hingewiesen.

Hiermit bestätige ich diesen Hinweis zur Kenntnis genommen habe:

Datum

Unterschrift Einbürgerungsbewerber/-in
